



SPD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen • 40002 Düsseldorf

Platz des Landtags 1 • 40221 Düsseldorf
Telefon: 0211 - 884 • Telefax : 0211 - 884
E-mail: @landtag.nrw.de
Internet: www.spd-fraktion.landtag.nrw.de

Anschrift

Düsseldorf, 9. Juli 2009

Die

Fraktion

Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren

Sehr geehrter Herr,

Deutschland befindet sich in der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Jetzt kommt es darauf an, die politischen Weichen richtig zu stellen. Gemeinsam gilt es, um den Erhalt eines jeden Arbeitsplatzes zu kämpfen. Wir müssen den Menschen eine Perspektive für eine gute Zukunft bieten. Wir wollen unsere Arbeitsplätze über die Krise retten.

Eine global entscheidende Zukunftsfrage ist die Energieversorgung. Der Energiehunger steigt weltweit bei gleichzeitig schwindenden Ressourcen. Deshalb ist es klug, auf unsere heimischen Energieträger zu setzen. Das sind unsere Steinkohle, unsere Braunkohle und ein stetig steigender Anteil der Erneuerbaren Energien. Unsere heimischen Energieträger sichern Arbeitsplätze und Wertschöpfung hier in NRW. Deshalb ist es klug, sich für eine gute Zukunft unserer heimischen Energieträger einzusetzen.

Die Menschen erwarten gerade in der Krise konkrete Antworten für ihre Arbeitsplätze und keine ordnungspolitischen Grundsatzdebatten. NRW braucht ein Signal, um die Wertschöpfung, die Arbeits- und die Ausbildungsplätze hier in Nordrhein-Westfalen zu sichern. Ein Wegbrechen der Arbeitsplätze in der Steinkohle und bei den Erneuerbaren Energien würde dazu führen, dass Deutschland langfristig den Anschluss auf diesen zentralen Zukunftsfeldern verliere.

Wir wissen: Heimische Steinkohle und Erneuerbare Energien sind derzeit noch nicht wettbewerbsfähig. Sie benötigen unsere Förderung. Das Geld dafür ist gut angelegt. Es ist unsere Versicherungsprämie gegen die Versorgungsrisiken auf den Weltenergiemärkten. Deshalb stehen wir zum Erneuerbare-Energien-Gesetz, deshalb werben wir heute für einen Einsatz für die heimische Steinkohle.

Das Gebot der Stunde ist, Arbeit zu finanzieren und nicht Arbeitslosigkeit.

Ein Sockelbergbau von 12 Millionen Tonnen sichert langfristig ca. 34.500 Arbeitsplätze im Bergbau selbst und bei den Zuliefererfirmen. Der Verlust eines jeden dieser Arbeitsplätze belastet den deutschen Steuerzahler nach Berechnungen der Prognos AG mit ca. 35.000 Euro jährlich. Dies bedeutet, dass der Verzicht auf einen Sockelbergbau etwa 1,2 Milliarden Euro jährlich kostet. Wie Sie der beiliegenden Analyse entnehmen können, ist davon auszugehen, dass bereits ab Importkohlepreisen von 70 Euro pro Tonne die Kosten für einen Sockelbergbau niedriger sind als die Kosten der Arbeitslosigkeit. Dies zeigt, dass ein Sockelbergbau neben den positiven Effekten für die regionale Wirtschaft auch volkswirtschaftlich vernünftig ist.

Vor diesem Hintergrund möchten wir darum bitten, eine Initiative zum Erhalt der Arbeitsplätze im Bergbau und bei den Bergbauzulieferern zu unterstützen und sich auf der Grundlage der beigefügten Beschlüsse der SPD-Fraktion NRW für eine Beschlussfassung in den entsprechenden Gremien einzusetzen. Brigitte Galonska (Tel. 0211- 884 2272, brigitte.galonska@landtag.nrw.de) und Sandra Gohr (Tel. 0211 - 884 2783, sandra.gohr@landtag.nrw.de) stellen die Fraktions-Beschlüsse gerne auch in elektronischer Form zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Hannelore Kraft



Norbert Römer

Anlagen:

Anlage 1: Materialsammlung Steinkohle

Anlage 2: Fraktionsbeschluss "Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren"

Anlage 3: Fraktionsbeschluss „Sockelbergbau stärkt Industrie- und Energieland NRW“